

Treffen bei Theodat

Bonn will seine Staatsbesucher künftig in der Wasserburg eines adligen Großgrundbesitzers unterbringen.

Unter flackernden Kerzen und vor prasselndem Kaminfeuer drängte sich eine illustre Gesellschaft. Anlaß: die verspätete Staats-Fête zum 70. Geburtstag des früheren EWG-Papstes Walter Hallstein.

Eigentlicher Grund der Gratulationscour am vergangenen Montag: Außenminister Walter Scheel wollte das Schloß Gymnich — 30 Kilometer nordwestlich von Bonn — auf Staatsempfang-Tauglichkeit testen.

Gastgeber Scheel schwärmte: „Dieses Schloß habe ich entdeckt.“ Und kunstverständlich denunzierte er den berühmtesten Baumeister des deutschen Spätbarock Balthasar Neumann: „Das hier ist alles von ihm. Während er nebenan Schloß Brühl baute, hat er dies in Schwarzarbeit gemacht.“

Bei der Suche nach einem repräsentativen Gebäude, in dem die Bundesrepublik Deutschland ihre Gäste empfängt, scheint das Bonner Protokoll nach zwei Jahren fündig geworden zu sein. Nachdem sich das AA für die kalte Pracht des Hotel Petersberg nicht mehr erwärmen konnte und für die moderne Sachlichkeit des Kanzlerbungalows noch immer nicht begeistern kann, steht nun Scheels Traumschloß Gymnich zur Wahl. Vorläufiges Test-Ergebnis: etwas klein, aber fein.

Gymnich-Besitzer Jörg Freiherr Holzschuher von Harrlach, 37, hat es sich bisher eine Million Mark kosten lassen, die seit Jahrzehnten unbewohnte Wasserburg bewohnbar zu machen. Weitere vier Millionen will er investieren, falls der Bund mit ihm ins Geschäft kommt.

Der ehemalige Geschäftsführer in der amerikanischen Werbeagentur Doyle, Dane, Bernbach erbt die Rattenbude 1968. Seine Großmutter, Vilma Reichsgräfin Wolff-Metternich, hatte sie ihm — neben anderen Latifundien — ohne sein Wissen vermacht.

Vorerst bietet das rote Backsteinschloß Platz für 500 Party-Gäste. In den Obergeschossen sollen 15 Suiten eingerichtet werden. Eine ist bislang fertiggestellt. In ihr hat im November letzten Jahres bereits jemand zur Generalprobe geruht — Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi. Per Hubschrauber war sie nach Gymnich geflogen, um sich für vier Stunden von den Strapazen des Staatsbesuches zu erholen.

Schloßherr Holzschuher über seine staatstragenden Investitionen: „Gymnich soll wieder das werden, was es einmal war — politischer Treffpunkt.“

Die Bundesregierung hat den Treffpunkt schon auf Sicherheit prüfen las-



Staatsherberge Gymnich
„In Schwarzarbeit gemacht“

sen: Letzte Woche inspizierten 20 Mann von der Sicherungsgruppe Bonn das Schloß, um Pläne für Schutzvorkehrungen auszuarbeiten.

Noch freilich sieht Gymnich-Entdecker Scheel den Bundesadler nicht über Gymnich flattern: „Kaufen können wir es sicher nicht. Für den Preis kann man das schon auf 100 Jahre mieten.“

VERFASSUNGSSCHUTZ

Nichts Unsittliches

Hubert Schrübbers, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und damit gehalten, über die freiheitliche demokratische Grundordnung zu wachen, war im Dritten Reich Ankläger in politischen Strafverfahren.

Am 13. Juni 1939 bescheinigte Reichsjustizminister Franz Gürtner 29 jungen Juristen: „Der Stellvertreter des Führers hat Einwendungen gegen die Ernennungen nicht erhoben.“ Unter den der NS-Justiz auf Lebenszeit genehmten Assessoren war auch ein SA-Mann, Sturm Münster — Hubert Schrübbers, damals 31. Er wurde Staatsanwalt.

Schrübbers klagte in Hamm an, in Köln, Düsseldorf und Karlsruhe. Erst war er einfacher, dann Erster, später Ober- und schließlich Generalstaatsanwalt, dazwischen noch beim Obersten Gerichtshof für die britische Zone und bei der Bundesanwaltschaft.

In der NS-Zeit beschuldigte er staatsgefährdende Kommunisten, in der Nachkriegszeit „kompensierte“ (Schrübbers) er das mit Strafanträgen gegen staatsverheerende Nationalsozialisten. Und seit 16 Jahren verfolgt der erfahrene Jurist linke wie rechte Extremisten — als Hüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bun-

desrepublik. Denn am 1. August 1955 wurde Schrübbers, der damals überhaupt nicht und später nur einmal, aber eher beiläufig mit dem CDU-Bundesinnenminister Paul Lücke über seine Amtsausübung im Dritten Reich sprach, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln.

„Man muß ja auch ein bißchen Selbstdisziplin und Stehvermögen haben“, sinniert nun der Präsident über seine berufliche Vergangenheit. Solche Eigenart des bundesdeutschen Verfassungsschützers im NS-Staat war bislang öffentlich unbekannt — ebenso der Ausgang von Verfahren gegen Regimefeinde, an denen Staatsanwalt Schrübbers zumindest in den Jahren 1940 und 1941 zigfach mitgewirkt hat (siehe Kasten).

Die Urteile, erinnert er sich, hätten „in aller Regel“ seinen Strafanträgen entsprochen.

Wegen Spenden von 20 Pfennig für politische Häftlinge im Jahre 1934 wurde ein Kommunist sieben Jahre später am 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts Hamm angeklagt und zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt, und gegen einen 1933 emigrierten KPD-Hauptkassierer beantragte und erreichte Schrübbers 1941 viereinhalb Jahre Zuchthaus wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens.

Schrübbers zum SPIEGEL: „Ich kann nichts Unsittliches in diesem Tatbestand als solchem finden.“ An seinem persönlichen Umgang mit diesem Strafbestand findet er ebenfalls nichts auszusetzen: „Wenn man überhaupt damals staatsanwaltlicher Tätigkeit ausweichen wollte, war das falsch.“

Ihm sei es, beteuert er nun, darum gegangen, den Zugriff der Gestapo zu verhindern — denn „im Gerichtsgefängnis waren die gut aufgehoben“. Auch deswegen, meint Katholik Schrübbers, „konnte man durchaus mit seinem Gewissen vereinbaren, das zu machen“.



Verfassungsschutz-Chef Schrübbers
Zuchthaus für Pfennig-Spenden